

**Geschäftsführung
Bezirksvertretung 5 (Nippes)**

Herr Rupsch

Telefon: (0221) 221-95313
Fax : (0221) 221-95447
E-Mail: guido.rupsch@stadt-koeln.de

Datum: 07.12.2010

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der 11. Sitzung der
Bezirksvertretung Nippes vom 02.12.2010**

öffentlich

**9.2.7 Nachverdichtung der ehemaligen belgischen Siedlung an der Reutlinger Straße in Köln-Bilderstöckchen
1985/2010**

Herr Schmitz (CDU) erklärt, dass alle Bürgerwünsche im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages aufgegriffen werden könnten. Von daher gäbe es keine Notwendigkeit, die mit einem Bebauungsplan verbundenen Zeitverzögerungen in Kauf zu nehmen.

Herr DR. Clasen (Grüne) hält es für notwendig, dass sich die Verwaltung mit den Anregungen auseinandersetzt und der Politik im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens nochmals vorlegt.

Herr Baumann (SPD) weist darauf hin, dass die Politik keinen Einfluss auf die Ausgestaltung des städtebaulichen Vertrages hat.

Herr Karrasch (CDU) verweist darauf, dass man der Mehrheit der Anwohnereinwendungen durch einen städtebaulichen Vertrag gerecht werden könne. Er sähe ebenfalls keinen Sinn in einem Bebauungsplanverfahren.

Herr Steinbach (SPD) erinnert daran, dass man beim Bürger im Wort stehe. Es sei versprochen worden, dass ein Bebauungsplan beschlossen werde, wenn keine Einigung erzielt werden könne.

Anschließend wird zunächst über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abgestimmt und es ergeht folgender

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss ist mit der Planung zur Nachverdichtung der ehemaligen belgischen Siedlung an der Ravensburger Straße in Köln-Bilderstöckchen einverstanden und beauftragt die Verwaltung, mit dem Vorhabenträger einen städte-

baulichen Vertrag zu schließen mit dem Ziel, die vorliegende Planung für die zukünftige Bebauung zu realisieren. Die Öffentlichkeit ist über die Planung zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Anschließend wurde die Alternative Beschlussfassung geändert und die Bezirksvertretung Nippes empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss wie folgt zu beschließen:

„Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Auf Basis des überarbeiteten Masterplans sind die Anregungen der Bürger möglichst zu berücksichtigen.

Außerdem soll ein Vollsortimenter vorgesehen werden, auf den Wohnbebauung – möglichst öffentlich gefördert – aufgesetzt werden kann.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen von CDU und FDP beschlossen.